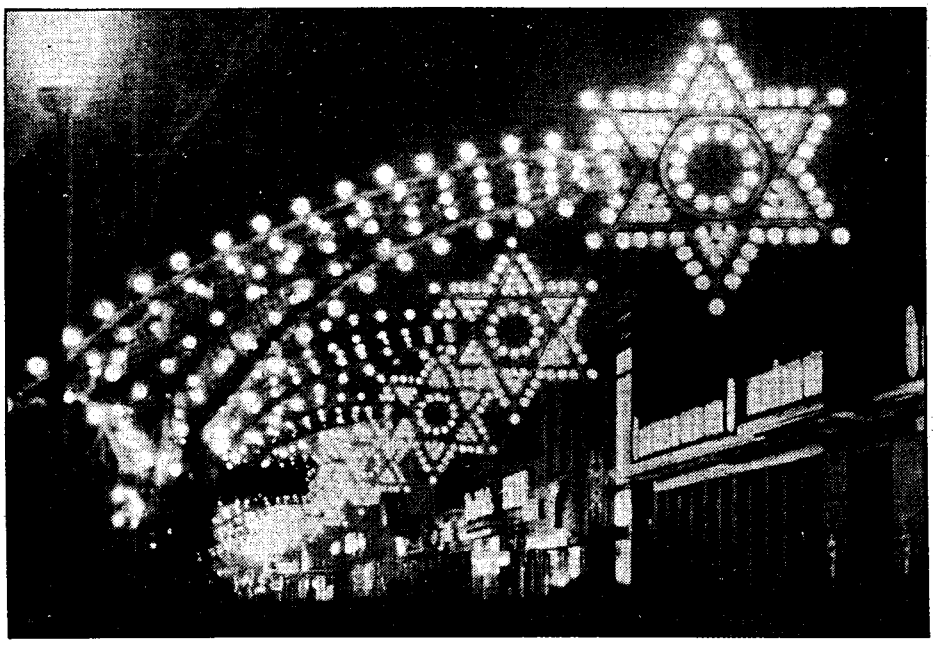
WEIHNACHTSRUMMEL

Es muß auch flimmern

In dem drängelnden Vorweihnachtsgetriebe auf der Düsseldorfer Königsallee gab es einen Auflauf. Mit kurzem Aufjaulen hatte ein Hund auf Westdeutschlands anspruchsvollstem Boulevard zur abendlichen Einkaufsstunde einen jähen Satz gemacht und war darauf bewußtlos liegengeblieben. Passanten und der Hundeherr machten sich sogleich an die Untersuchung des rätselhaften Unfalls: von dem Flimmer der in kühnem Schwung auf die Geschäftsschaufenster zufliegenden Dekorationskometen unberührt, hatte das arme Tier einen mit Tannengrün umwundenen Kometenfuß mit einem Baum verwechselt.



Sternenglanz der Innenstadt: Protest gegen **Düsseldorfs Kö-Beleuchtung**

Kaum hatte der Hund jedoch das Bein erhoben, da traf ihn durch die eigene Wassersäule ein elektrischer Schlag. Erschreckt ob solcher drohenden Gefahren, wurde sogleich ein Polizist herbeigeholt. Auch er verspürte einen Schlag in der Hand, als er sie prüfend an den ins Pflaster gerammten Kometenfuß legte. Die Polizei kam bald zu dem Schluß, daß durch den regennassen Mast Rückströme vom strahlenden Glühbirnenstern der Erde zujagten.

Sofort gab sie Alarm. Das vorweihnachtliche Lichtermeer der Innenstadtstraßen Düsseldorfs erlosch auf einen Schlag. Arbeiter der Stadtwerke mußten eine ganze Nachtschicht einlegen, um die Lichtquellen der Festbeleuchtung neu zu isolieren.

Auf der Sitzung des städtischen Finanzausschusses aber, auf der der elektrisierte Hund zur Sprache kam, wurde auch die Frage der Zweckmäßigkeit des lichterglänzenden Weihnachtsrummels überhaupt ausgiebig diskutiert.

Wie in den meisten westdeutschen Städten gingen auch die Meinungen der Düsseldorfer Stadtväter weit auseinander über den Aufwand an Werbung, der die Stadtkerne der Bundesrepublik zur Jagd auf den Weihnachtskäufer schon vier Wochen vor dem Christfest erbarmungslos ausgeleuchtet hat. Die Düsseldorfer Ratsherrin Hölters (CDU) bezeichnete das „amerikanische Weihnachtspanorama" erregt als einen Schlag ins Gesicht.

Denn in Düsseldorf ist die Stadtverwaltung mit einem Drittel an den Kosten der Straßen-Illumination beteiligt. Die Durchführung der Weihnachtsbeleuchtung liegt in der Hand einer Werbegemeinschaft Düsseldorfer Geschäftsleute, die auch die entsprechende Umlage der Anliegergeschäfte einkassiert.

Mit ihrem Drittel an der auf 180 000 Mark veranschlagten Kometen-Beleuchtung ist Düsseldorfs Stadtverwaltung in eine peinliche Zwickmühle zwischen die steuerkräftigen Werbegemeinschafts-Kaufleute der Innenstadt und andere Interessenten geraten: Einmal fürchten die kleineren Nachbargemeinden um ihren Weihnachtsumsatz. Besonders aber Düsseldorfs eigene Außenbezirke und Vororte fühlten sich durch die Völkerwanderung in die zentralen Geschäftsstraßen benachteiligt.

Denn mit ihren Steuern wird das mitfinanziert, was die Massen zum Geldausgeben fern von ihren Wohnvierteln und fern den finanzschwächeren kleineren Geschäften verleiten soll. Mit der knappen Mehrheit von elf zu neun Stimmen konnte der Finanzausschuß deshalb die zugesagten 60 000 Mark nur bewilligen, als er dieser Summe für eine ähnliche Weihnachtswerbung in den am lautesten protestierenden Düsseldorfer Vororten Eller und Benrath noch 4300 Mark nachgeworfen hatte.

Trotz aller Anfeindungen aber wollen Düsseldorfs Groß-Geschäftsleute, wie ihre Kollegen im ganzen Bundesgebiet, nicht auf den weihnachtlichen Kometenglanz der Innenstadt verzichten. Die allgemeine Kaufunlust der vergangenen Monate und das warme Wetter (Textilien-Flaute) hat ihnen große Hoffnungen auf das Weihnachtsgeschäft gemacht.

Selbst ein sonst so andachtsfroher Mann wie Düsseldorfs Oberbürgermeister Josef Gockeln, Ritter des kirchlichen Ordens vom Heiligen Grabe, hat sich, bei Ablehnung aller Auswüchse, die Devise des Handels zu eigen gemacht: „Wo die Wirtschaft funktioniert, muß es auch flimmern."

SAAR

Kanzler-Briefe

Statt eine Jungfernrede zu halten, stellte FDP-Neu-MdB und Helgolandkrieger Hubertus Prinz zu Löwenstein in der ersten Fragestunde des zweiten Deutschen Bundestages am 3. Dezember der Bundesregierung eine Gretchenfrage:

„Wie stellt sich die Bundesregierung zu der vom 10. Juli 1953 datierten Änderung des saarländischen Staatsangehörigkeitsgesetzes, auf Grund derer die Regierung Johannes Hoffmann den Deutschen Bundestag als ausländisches Parlament behandelt?"

Innenminister Gerhard Schröder antwortete für die Bundesregierung Es war die einzige Antwort in dieser Sitzung, die mit Beifall bedacht wurde: „... Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das Saargebiet rechtlich nach wie vor ein Teil Deutschlands ist und daß im Verhältnis der Bundesrepublik zum Saargebiet für die Anwendung des Begriffes ‚Ausland' kein Raum ist..."

Nun hatte aber genau eine Woche vorher, am 26. November, Bundeskanzler Konrad Adenauer seinem gesamtdeutschen Minister Jakob Kaiser einen Brief geschrieben, dessen wörtlicher Text an Klarheit zu wünschen übrig ließ, aus dessen Geist der gesamtdeutsche Kaiser aber entnahm, daß Konrad Adenauer ihm das Referat für die Saar und alle umstrittenen Grenzgebiete im Westen wegnehmen und dem Auswärtigen Amt zuschlagen wolle. Der „Kaiser ohne Land" drohte nun auch noch einer ohne Kompetenzen zu werden.

Es wurde innerhalb einer Woche offenbar, wie diffizil für die deutsche Bundesregierung der Begriff „Ausland" ist: Just als der Innenminister im Namen der Bundesregierung im Parlament verkündete, daß „im Verhältnis der Bundesrepublik zum Saargebiet für die Anwendung des Begriffes ‚Ausland' kein Raum" sei — just zu dieser Zeit übertrug der Kanzler derselben Regierung die Bearbeitung deutsch-saarländischer Fragen seinem Außenministerium, dessen Aufgaben eben im Ausland liegen.

Zwar führte das deutsche Auswärtige Amt auch schon bisher die außenpolitischen Verhandlungen in Paris und Straßburg über die Saar. Aber alle über dieses diplomatische Feld hinausgehende Aktivität war dem gesamtdeutschen Ministerium vorbehalten. Das gesamtdeutsche Ministerium konnte sich dabei auf eine gewisse Tradition der Saar als deutsch-französischer Zankapfel berufen. Schon in der Weimarer Republik war nicht das Reichsaußenministerium in erster Linie für die Saar zuständig, sondern das Preußische Innenministerium.

Der Saar-Referent im Innenministerium hieß damals zeitweilig Hans Globke. Ausgerechnet dieser Hans Globke, heute Staatssekretär im Bundeskanzleramt, war es jetzt, der zusammen mit Außenamts-Staatssekretär Walter Hallstein den Kanzler bewog, den ohnehin nicht mehr sehr einflußreichen gesamtdeutschen Minister weiter zu entmachten, indem ihm das Saarreferat entzogen wurde Statt dem Kaiser zu lassen, was des Kaisers war, riet der Staatssekretär diesmal, dem Kanzler zu geben, was nicht des Kanzlers ist.

Reine Freude bereitete Konrad Adenauer mit dieser Regelung nur Paris. In französischer Sicht hatten damit die Saargespräche zwischen François-Poncet und Konrad Adenauer einen ersten fühlbaren Erfolg:

- Die Saar war vom deutschen Bundeskanzler von einer „gesamtdeutschen" zu einer „auswärtigen" Angelegenheit degradiert worden.

Lieber leichter, lieber Mercedes
Rein Orient Batschari Tradition
MERCEDES
Für Geschenke noch
50er Packgn. Mercedes
Mittwoch 23
Donnerstag 24
Weihnachten 25
Samstag 26
20 Sonntag
21 Montag
Dienstag
Die elegante 50er Packung
ist ein beliebtes Geschenk

Kein Wunder, daß Konrad Adenauer sich bemühte, diese Neugliederung in aller Stille vorzunehmen. Er schrieb seinen Brief an Jakob Kaiser, ohne seine übrigen Minister auch nur zu unterrichten, geschweige denn zu befragen.

Dennoch ließ sich die Affäre nicht geheimhalten. Am Mittwoch vergangener Woche mußte Konrad Adenauer dem Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages Rede und Antwort stehen. Selbst aus den Reihen seiner Koalitionsfreunde wurden leichte Attacken geritten. SPD-Professor Carlo Schmid benutzte die Gelegenheit auch gleich zur Frage, was sich denn Frankreichs Außenminister Bidault eigentlich unter einer Europäisierung der Saar vorstelle. Trotz seiner vielen Kontakte mußte Konrad Adenauer gestehen, er wisse das nicht, und auf die Zusatzfrage Carlo Schmids, was er sich denn selbst unter der Europäisierung der Saar vorstelle, antwortete der deutsche Bundeskanzler so, daß es am Ende seine Zuhörer auch nicht wußten.

Über das Schicksal des Saar-Referats aber wurde ein Kompromiß erzielt: Jakob Kaiser darf sein Saarreferat und alles bewilligte Geld für Saaraufklärung und Propaganda behalten. Federführend ist hingegen fortan in allen wichtigen Fragen das Saarreferat des Außenamtes. Das wollen Konrad Adenauers folgsame Diplomaten zunächst einmal dazu benutzen, um der „Deutschen Saarzeitung" und dem Saar-Informationsdienst, die beide vom gesamtdeutschen Ministerium finanziert werden, ihren „rüden Ton" abzugewöhnen.

Dem Jakob Kaiser selbst versprach Konrad Adenauer, ihm einem zweiten Brief zu schreiben, in dem er den Inhalt des ersten Briefes zurücknimmt und den Inhalt des erzielten mündlichen Kompromisses schriftlich wiederholt.

Jakob Kaisers Berater aber schlagen vor, daß der gesamtdeutsche Minister sich doch lieber selbst hinsetzen möge, um seinerseits einen Brief an den Kanzler zu schreiben, in dem er die mündliche Abmachung bestätigt. Denn es stehe zu fürchten, so sagen sie, daß Konrad Adenauer in der Fülle seiner Amtsgeschäfte und Saarverhandlungen seine Zusage vergißt, einen zweiten Brief zu schreiben. Schon hat er sich für die nächste Woche dafür entschuldigt: Er müsse nach Paris fahren.

BUNDESTAGS-PRÄSIDIUM

Recht auf Irrtum

Über eine Dreiviertelstunde brauchte der Deutsche Bundestag am vergangenen Donnerstag, um nach Beendigung der Debatte festzustellen, ob ein Antrag nun eigentlich angenommen sei oder nicht. Dreimal scheuchte Vizepräsident Dr. Jaeger (CSU), Ex-Oberbürgermeister von Eichstätt; die über vierhundert anwesenden Abgeordneten von ihren Plätzen hoch und in die Vorhalle, damit sie von dort durch die Ja-, Nein- und Enthaltungstüren zurück in den Plenarsaal hammelspringen könnten. Erst dann war ein endgültiges und für die CDU-CSU günstiges Abstimmungsresultat erzielt.

Es ging um die Weihnachtsgratifikationen für Bundesbeamte. Bis auf einen letzten Antrag des BHE, wenigstens an Lohnempfänger bis zu dreihundert Mark, nach Kinderzahl gestaffelt, eine kleine Weihnachtsgratifikation zu zahlen, war schon alles abgelehnt worden. Nun sollte über diesen letzten Vorschlag entschieden werden.

BHE, SPD, ein paar tapfere Christdemokraten und FDP-Prinz Hubertus zu Löwenstein waren dafür; der Rest dagegen. Das Präsidium war sich angesichts der fast gleich starken Arm-Armeen nicht einig. Es entschied: Hammelsprung.

Die Abstimmungssirene heulte durch das Bundeshaus. Die Abgeordneten drängten zum Ausgang. Zehn Minuten später saßen sie — getrennt durch die verschiedenen Türen marschiert — wieder vereint im Plenum.

Das Abstimmungsergebnis: 212 für Weihnachtsgratifikation, 200 dagegen und 2 ohne Meinung.

Das war der erste Sieg der SPD-Opposition mit Hilfe von Koalitionsrebellen. Schon applaudierte die linke Hälfte des Saales, da meldete sich der Berliner CDU-Abgeordnete Dr. Heinrich Krone zur Geschäftsordnung. Er zweifelte die Abstimmung an; mehrere Koalitionsabgeordnete seien in Unkenntnis der Materie durch die falsche Tür gelaufen.

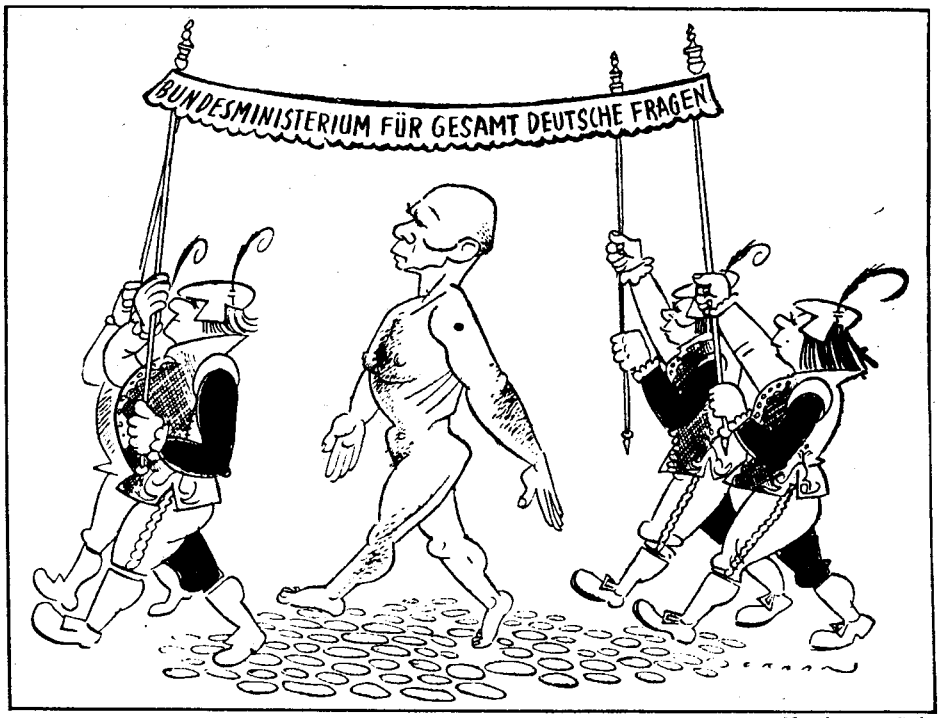
Ein Florettgefecht der Fraktionsjuristen folgte. Die SPD wollte, daß die Abstimmung anerkannt werde. Ergebnis: Vizepräsident Jaeger forderte die Irrläufer auf, sich zu melden, um so festzustellen, ob ihre Fehlentscheidung das Abstimmungsergebnis wesentlich verändere oder nicht.

Mutig warf als erster der Vorsitzende des Presse-Ausschusses, Paul Bausch, den Arm in die Höhe. Die anderen verirrten Schäflein zögerten angesichts des Lachens links, ihren Fehler öffentlich einzugestehen. Erst der CDU-Hirte Heinrich Krone, milddrohend durch die Gänge des Plenarsaales eilend, lockte sie aus ihrer Reserve. Hier, da und dort fuhr noch ein Finger in die Höhe. Vizepräsident Jaeger zählte sie genau, um so herauszubekommen, wer beim Hammelsprung falsch gehüpft war. „Es sind", verkündete er dann, „zehn Stück".

Da zehn falsch abgegebene Stimmen das Abstimmungsergebnis genau ins Gegenteil verdrehten, erkannte Vizepräsident Jaeger das Recht auf den Irrtum an, erklärte die Abstimmung für ungültig und forderte das Hohe Haus zu neuen Hammelsprüngen auf. Willig folgte die rechte Seite, bockig blieb die linke sitzen. Die SPD-Fraktion konnte überhaupt nur von ihren ersten Bänken aus aufgelockert werden.

Getreu seiner Devise, um jeden Preis parlamentarischen Anstand zu wahren, redete Erich Ollenhauer, langsam durch die Bankreihen gehend, seinen störrischen Genossen zu, noch einmal abzustimmen. SPD-Spieß Mellies knöpfte sich hinter ihm die Trotzköpfe vor, die auf Wunsch Erich Ollenhauers zwar aufgestanden waren, aber sich hinter seinem Rücken wieder hinsetzten. Nur kleckernd leerte sich der Saal.

Da verkündete Vizepräsident Jaeger, der seine Autorität schwinden sah, plötzlich mitten in der Abstimmung eine Pause für zehn Minuten. Vor ihm am Rednerpult und auf der Präsidentenempore gaben sich die Geschäftsordnungsmatadore ein Stelldichein: Für die CDU waren Heinrich Krone und Innenminister Gerhard Schrö-



Hamburger Echo

Des (Jakob) Kaisers neue Kleider

der erschienen, für die SPD Walter Menzel und Heinrich Ritzel. Ritzel trug den von ihm verfaßten Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages aufgeschlagen in der Hand.

Bundeshausdirektor Troßmann schleppte diensteifrig einen dicken in Schweinsleder gebundenen Band von Reichstagsprotokollen heran, in denen ein Präzedenzfall verzeichnet war. Er konnte nicht bis zum Vizepräsidenten Jaeger vordringen und mußte hinten über die Regierungstribüne turnen.

Was Troßmann nicht gelang, der Durchbruch durch die geschäftsordnungskundigen Hitzköpfe; schaffte wenige Minuten später ein anderer: Bundestagspräsident und Oberkirchenrat Dr. Hermann Ehlers erschien und schritt durch den Mittelgang zur Empore, ganz Präsident, der mit Würde die Gewißheit trägt, daß natürlich alles schiefgeht, wenn er einmal zehn Minuten abwesend ist.

Die Pause ging zu Ende, das Haus füllte sich wieder, eine neue Geschäftsordnungsdebatte begann. Die CDU erkannte das Abstimmungsergebnis immer noch nicht an, die SPD lehnte immer noch eine neue Abstimmung ab. Vizepräsident Jaeger machte von seinem Recht Gebrauch, den Fall als Präsident zu entscheiden.

Er ordnete zum dritten Male einen Hammelsprung an und wies auch den SPD-Antrag auf namentliche Abstimmung